

Für eine soziale und demokratische SPD - und was das heißt

Seit langem gibt die SPD koalitionsbedingt inhaltliche Haltepunkte auf, um in Regierung sowohl im Bund als auch in den Ländern Verantwortung übernehmen zu können. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind seit Gründung ihrer Partei den demokratischen Rechtsstaat tragend im besten Sinne. Demokratie lebt vom Aushandeln. Für einen auf Koalitionen angewiesenen und handlungsfähigen Staat müssen Demokratinnen und Demokraten bereit sein, eigene Positionen zu hinterfragen und andere Perspektiven auszuhalten. Ohne absolute Mehrheiten fordern Kompromisse das Profil jeder Partei heraus. Das ist Demokratie und der Anhängerschaft im Grunde auch gut zu erklären.

Heute ist jedoch eine Grenze erreicht. Bei aller notwendigen Kompromissbereitschaft darf die SPD ihre Kernwerte nicht aufgeben.

Wir fordern, dass die SPD in Koalitionen nur Kompromisse eingeht, mit denen sie ihre Programme und Werte nicht verleugnen muss.

Zunehmende Polarisierung und Sorge vor extremistischer Machtübernahme sind keine bedingungslosen Rechtfertigungsgründe für Koalitionen in Bund und Land. Wer falschen Narrativen nicht widerspricht und entschieden entgegentritt, vertieft Spaltung und treibt die Menschen in die Arme der Populisten. Dieses Land braucht neue Perspektiven, die in Form von Erzählungen und positiven Bildern kommuniziert werden. Bevor Koalitionen eingegangen werden, ist künftig unbedingt eine gemeinsame Kommunikationsstrategie zu vereinbaren. Nur so werden populistische Verbalausfälle und Streitereien auf den oberen Ebenen vermieden. Ebenso sind innerparteiliche Kommunikationskanäle dringend reformbedürftig, damit Gründe für und Entstehung von Entscheidungen zeitnah und barrierefrei von oben nach unten sowie von unten nach oben ihre Adressaten erreichen.

Wir fordern, dass die SPD den Sozialstaat modernisiert und stärkt, statt einzelne Menschen und ihr Verhalten zum eigentlichen Problem zu erklären.

Die SPD muss für eine neue, menschenfreundliche Erzählung stehen, die den Ursprung realer Probleme nicht im Menschen verortet, sondern in den wirtschaftlichen, sozialen und damit politisch veränderbaren Umständen sieht - und damit zum Ursprung der Sozialdemokratie zurückkehrt.

In der Verteidigung des Sozialstaates und der Stärkung solidarischer Strukturen sehen wir die Säule sozialdemokratischer Politik. Wer dagegen staatliche Hilfeleistungen in Form von Sozial-, Jugend- und Arbeitslosenarbeit reduziert, schafft erst die Voraussetzungen für Konfliktlagen. Menschen sind nicht arm, drogenabhängig oder kriminell, sondern werden von der Gesellschaft arm, drogenabhängig und kriminell gemacht.

In den Medien wird die Situation manchmal schlechter dargestellt, als sie ist. Es ist dennoch offenkundig, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht. Diese klar zu benennen, gehört zu den Kernaufgaben von Politik. Im nächsten Schritt müssen Politikerinnen und Politiker dann aber auch wirksame Lösungen für diese Probleme anbieten. Dabei ist es weder hilfreich, das Blaue vom Himmel zu versprechen, noch angebliche, aber in der Sache falsche Ursachen vorzuschieben, nach deren Beseitigung die Aufgaben ungelöst fortbestehen. Aus

APPELL VON UNTEN

Angst, abgewählt zu werden, klammern Verantwortliche zu häufig drängende Probleme aus, bieten in Teilbereichen oft gar keine langfristigen Lösungsansätze an - wie bei Asyl und Migration - und stellen stattdessen Themen, von denen man sich den meisten Zuspruch und den geringsten Widerspruch erwartet, in den Vordergrund.

Die SPD muss Augen und Ohren öffnen und darf sich nicht scheuen, real existierende Probleme zu benennen und auch dann Teillösungen zu artikulieren, wenn aus einem schlechten Zustand ein etwas weniger schlechter Zustand wird. Komplexe Sachverhalte sind oft nur in kleinen Schritten durch viele kluge Gedanken und Einzeltaten zu bewältigen.

Entwicklungen wie Klimaveränderungen, Strukturwandel, künstliche Intelligenz, Globalisierung, Zuwanderung, Krieg, Pflegenotstand und Rentenlücke lösen bei vielen Menschen eine tiefe und überaus nachvollziehbare Verunsicherung aus. Dabei fürchten sie sich nicht vor der Veränderung an sich, sondern davor, ihr wehrlos ausgeliefert zu sein und scheuen den Kontrollverlust. Sie haben ein berechtigtes Bedürfnis nach Ehrlichkeit, Orientierung und Verlässlichkeit - etwas, das gerade die SPD ihnen vermitteln könnte.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer gerechten Erbschaftssteuer. Nur so kann ein ausfinanzierter und handlungsfähiger Staat für Rahmenbedingungen sorgen, unter denen der Einzelne mit Veränderungen umgehen kann. Alles andere führt zu einer Abwärtsspirale eines umso schlechter funktionierenden, desto weniger akzeptierten Sozialstaates.

Gute Politik tröstet nicht mit einfachen Antworten, die nur kurzfristig Zustimmung erzeugen. Wer Sicherheit und Ordnung nur verspricht, aber nicht die Ursachen ihrer Gefährdung bekämpft, betreibt keine ehrliche Politik. Statt Symptome zu skandalisieren, brauchen wir den Mut, die Wurzeln von Ungerechtigkeit, Abstiegsangst und gesellschaftlicher Spaltung offenzulegen und auch gegen wirtschaftlich Privilegierte Maßnahmen zu ergreifen. Nur so können wir echte Verbesserungen erreichen.

Statt das Aussehen von Menschen zum Problem zu erklären, müssen die Ursachen sozialer Probleme bekämpft und Integration gefördert werden. Statt die Zuwanderung zur Ursache für schlechte Schulen zu erklären, muss gute Bildung für alle ausreichend finanziert werden.

Viele Verteilungskämpfe um staatliches Geld wie zwischen Geflüchtetenhilfe und Sozialleistungen oder Bahnausbau und Straßenbau sind nicht zwingend. Das Problem ist vielmehr politisch lösbar: Wenn die Politik wieder für eine gerechtere Vermögensverteilung sorgt, können wir gleichzeitig sowohl Infrastruktur bewahren, Sozialleistungen finanzieren, Geflüchteten helfen, Arbeitsplätze schaffen und für die Zukunft planen als auch jede und jeden Einzelnen von uns nachhaltig ermächtigen, für sich und ihre oder seine Angehörigen selbst zu sorgen. So tragen starke Schultern mehr. Und eine Solidargemeinschaft, die mehr hat, kann auch allen mehr geben, ohne die wirtschaftlich Schwächsten gegeneinander auszuspielen.

Stellen wir uns den brennenden Fragen unserer Zeit. Wie ändern wir staatliche Strukturen so, dass die Menschen eine passende Arbeit finden, Zugang zu guter Bildung erhalten und nicht in Sucht und Kriminalität abrutschen? Wie findet die Sozialdemokratie wieder Mut zur Wahrheit? Was wir jetzt brauchen, ist eine nüchterne Analyse der Ursachen unserer Probleme, ein klares Verständnis für soziale Realitäten und die ehrliche Bereitschaft, Machtstrukturen zu

APPELL VON UNTEN

verändern, wo dies nötig ist. Das ist das Gründungsversprechen unserer Partei: Menschen können sich nur dann für Wohlstand, Gemeinsinn und Fortschritt entscheiden, wenn sie nicht durch Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Mangel an Bildung und Fürsorge daran gehindert werden.

Fast alle sozialen Errungenschaften in Deutschland sind von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen massiven Widerstand der - unter den damaligen Umständen - privilegierten Gruppen erkämpft worden: Mutterschutz, Acht-Stunden-Tag, Urlaubsanspruch, Rentenversicherung, Zugang zum Studium für Arbeiterkinder, Tarifautonomie, Betriebsräte, Unterhaltsvorschuss und Mindestlohn, um nur einige zu nennen. Diesen Weg des gesellschaftlichen Fortschritts müssen wir weitergehen.

Politik nicht gegen die Menschen, sondern mit ihnen, muss der Maßstab sein. Selbst wenn in der aktuellen Koalition das Streben nach einer stärkeren Beteiligung von starken Schultern an der notwendigen Steuersumme nicht durchsetzbar sein dürfte, ist doch bereits jetzt auf ein gerechteres Steuersystem programmatisch hinzuarbeiten und sind möglichst viele gesellschaftliche Akteure zur Lösungsfindung einzuladen.

Wir fordern, dass bei jeder Listenaufstellung der SPD auf prominenten Plätzen mindestens eine Person steht, die in der Zivilgesellschaft fest verankert ist.

Die SPD muss wieder stärker ihre Rolle als Vermittlerin zwischen den Menschen und der Politik wahrnehmen. Damit die Partei diese Aufgabe erfüllen kann, braucht sie eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft und einen festen Platz in ihrem Alltag. Dazu brauchen wir offene Strukturen, die es den Menschen auf ihren unterschiedlichen Lebenswegen mit ihren verschiedenen Berufen, Fähigkeiten, Perspektiven und Neigungen ermöglichen, spürbaren Einfluss auf staatliches Handeln zu haben und ihr Schicksal so in die eigene Hand zu nehmen. Es ist Aufgabe demokratischer Parteien, allen voran der SPD, eine Scharnierfunktion zu erfüllen. Parteien müssen sich öffnen, damit unterschiedliche Lebens- sowie Berufserfahrungen und so möglichst viele Perspektiven Eingang in Parteiarbeit finden. Erst Menschen, die außerhalb der Partei wirken, beliebt und bekannt sind, machen die SPD zu einer nahbaren und wählbaren Interessensvertretung für viele Bürgerinnen und Bürger. Gerade in Zeiten, in denen das Vertrauen in politische Institutionen und Parteien sinkt, können diese Menschen als „im echten Leben“ stehend („eine/einer von uns“) Bindeglied sein. Wenn in vielen Teilbereichen Fachwissen durch Lebenserfahrung verfügbar ist, vermeidet eine Partei gleichzeitig ungebührliche Einflussnahme durch Lobbyisten.

Selbstbewusstsein und Stolz der SPD zeigen sich auch darin, eingeübte Verhaltensweisen in Frage zu stellen, Deutungshoheiten aufzugeben und sich ergebnisoffen auf Neues einzulassen. Demokratie steht vor Herausforderungen und braucht gleichzeitig personelle und inhaltliche Perspektivenvielfalt.

Die SPD muss ein Ort sein, an dem Menschen mit in- und außerhalb der Partei gesammelten Lebens- und Berufserfahrungen im Sinne der Sozialdemokratie gemeinsam Lösungen für die drängendsten Herausforderungen für Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft erarbeiten und sie allen Anderen vermitteln.

APPELL VON UNTEN

Wir wollen mit diesen Gedanken nachhaltig zu einer offenen Debatte über Zukunft und Inklusivität der SPD beitragen. Es wird Zeit, ins Gespräch zu kommen. Stellen wir die sozialdemokratische Partei vom Kopf wieder auf ihre Füße.

Die Menschen brauchen eine beherzte Sozialdemokratie – heute mehr denn je.